
S 7 AS 2927/15

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Grundsicherung für Arbeitsuchende
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Grundsicherung für Arbeitsuchende - Rücknahme der Leistungsbewilligung für die Vergangenheit - Bestimmtheit - Wahrung der Jahresfrist - Erkennbarkeit des Umfangs der Rücknahme - Duldungs- und Anscheinsvollmacht des Vertreters der Bedarfsgemeinschaft - Zurechnung des Verhaltens des Vertreters - keine Anwendbarkeit des § 44 SGB X - Teilaufhebung der ersten Rücknahmeentscheidung
Leitsätze	1. Die Bestimmtheit eines Rücknahmebescheids ist nicht Voraussetzung für die Wahrung der Jahresfrist, wenn der Umfang der Rücknahme für den Leistungsberechtigten erkennbar wird. 2. Wer es duldet, dass ein Dritter für ihn Leistungen nach dem SGB II beantragt, muss sich dessen Verhalten nach den Grundsätzen der Duldungs- oder Anscheinsvollmacht zurechnen lassen.
Normenkette	SGB X § 45 Abs 1 ; SGB X § 45 Abs 2 S 1 ; SGB X § 45 Abs 2 S 3 Nr 2 ; SGB X § 45 Abs 4 S 2 ; SGB X § 33 Abs 1 ; SGB II § 38 Abs 1 S 1 ; SGB X § 13 Abs 1 ; BGB § 164 Abs 1 ; BGB § 166 Abs 1 ; BGB § 278 ; SGB X § 44 Abs 1 S 1 ; SGB X § 44 Abs 4
1. Instanz	
Aktenzeichen	S 7 AS 2927/15
Datum	13.02.2018
2. Instanz	
Aktenzeichen	L 11 AS 239/18

Datum 26.05.2020

3. Instanz

Datum 08.12.2020

Â

Die Revision des KlÃ¤ggers gegen das Urteil des Landessozialgerichts Niedersachsen-Bremen vom 26.Â Mai 2020 wird zurÃ¼ckgewiesen.

Die Beteiligten haben einander auch fÃ¼r das Revisionsverfahren keine auÃgerichtlichen Kosten zu erstatten.

Â

G r Ã¼ n d e :

I

Â

1

Das Revisionsverfahren betrifft die teilweise RÃ¼cknahme der Bewilligung von Leistungen nach dem SGBÂ II fÃ¼r September 2012 bis MÃ¤rz 2013 und deren RÃ¼ckforderung in HÃ¶he von 1894,13Â Euro.

Â

2

Der KlÃ¤ger ist 1992 geboren. Er wohnte im streitgegenstÃ¤ndlichen Zeitraum mit seinem Vater zusammen. Der Vater beantragte unter anderem am 9.2.2012 und am 14.8.2012 fÃ¼r sich und den KlÃ¤ger Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes. Er verneinte dabei jeweils Ã¼ber Kindergeld hinausgehendes Einkommen. Der Beklagte bewilligte dem KlÃ¤ger Leistungen unter anderem fÃ¼r September 2012 in HÃ¶he von zunÃ¤chst 113Â Euro (*Bescheid vom 16.2.2012*) und spÃ¤ter 333,41Â Euro (*Ãnderungsbescheid vom 13.9.2012*), auÃerdem Leistungen fÃ¼r Oktober 2012 bis MÃ¤rz 2013 (*Bescheid vom 13.9.2012 in der Fassung des Ãnderungsbescheides vom 24.11.2012*). Erwerbseinkommen des KlÃ¤gers wurde bei diesen Leistungsbewilligungen nicht berÃ¼cksichtigt.

Â

3

Seit August 2012 absolvierte der KlÃ¤ger eine Ausbildung, aus der er monatlich

schwankende Vergütungen erzielte, die jeweils im Folgemonat ausgezahlt wurden. Von dieser Ausbildung und den Eink ften erfuhr der Beklagte, als der Kläger am 12.3.2013 Verdienstabrechnungen für August 2012 bis Februar 2013 vorlegte. Aufgrund dessen hob der Beklagte die Leistungsgewährung für September 2012 bis März 2013 teilweise in Höhe eines Gesamtbetrags von 2233,58  Euro unter Berufung auf [  48 Abs 1 Satz 2 Nr 2](#) und 3 SGB X auf und forderte vom Kläger die Erstattung dieses Betrags (*Aufhebungs- und Erstattungsbescheid vom 14.3.2013*).

 

4

Im Widerspruchsverfahren reduzierte der Beklagte den Aufhebungs- und Erstattungsbetrag auf 1894,13  Euro (*Änderungsbescheid vom 18.7.2014*). Dieser Bescheid enthielt erstmals eine Zuordnung des Erstattungsbetrags zu den einzelnen von der Teilaufhebung betroffenen Monaten. Die erst nachträglich bekannt gewordene Ausbildungsvergütung sei gem    [  48 Abs 1 Satz 2 Nr 2](#) bzw Nr 3 SGB X als Einkommen zu berücksichtigen. Schließlich wies der Beklagte den Widerspruch des Klägers als nach Erlass des Änderungsbescheides vom 18.7.2014 unbegründet zurück (*Widerspruchsbescheid vom 6.5.2015*).

 

5

Das SG hat den Aufhebungs- und Erstattungsbescheid des Beklagten vom 14.3.2013 in der Gestalt des Änderungsbescheides vom 18.7.2014 sowie des Widerspruchsbescheides vom 6.5.2015 aufgehoben. Es fehle dem Aufhebungs- und Erstattungsbescheid vom 14.3.2013 an der erforderlichen Bestimmtheit, weil der pauschalen Teilaufhebung der Leistungsbewilligung für September 2012 bis März 2013 nicht zu entnehmen sei, in welchem Umfang die Bewilligung für die einzelnen Monate nach erfolgter Teilaufhebung noch Bestand haben sollte. Zwar sei die mangelnde Bestimmtheit durch den Bescheid vom 18.7.2014 geheilt worden. Allerdings sei dies erst nach Ablauf der für eine Aufhebung bzw R cknahme geltenden Jahresfrist erfolgt (*Urteil vom 13.2.2018*).

 

6

Das LSG hat auf die Berufung des Beklagten das Urteil des SG aufgehoben und die Klage abgewiesen (*Urteil vom 26.5.2020*). Der Vater des Klägers habe zumindest grob fahrlässig unrichtige Angaben bei Antragstellung gemacht, weil er Einkommen bei Antragstellung am 14.8.2012 verneint habe. Das Verhalten des Vaters des Klägers bei Antragstellung sei dem Kläger zuzurechnen, da sein Vater für die Bedarfsgemeinschaft tätig geworden sei und damit auch den Kläger     zumindest im Rahmen einer sog Duldungsvollmacht     vertreten habe. Die

angefochtenen Bescheide seien auch nicht wegen fehlender Bestimmtheit rechtswidrig. Zwar sei erst der Änderungsbescheid vom 18.7.2014 hinreichend bestimmt. Die am 12.3.2013 mit Kenntniserlangung seitens des Beklagten beginnende Jahresfrist sei aber durch den Bescheid vom 14.3.2013 gewahrt.

Â

7

Hiergegen richtet sich die vom LSG zugelassene Revision des Klägers. Der Bescheid vom 14.3.2013 sei mangels Bestimmtheit rechtswidrig gewesen. Der dies korrigierende Bescheid vom 18.7.2014 sei erst nach Ablauf der Jahresfrist erlassen worden. Folgte man der Auffassung, dass die nachträgliche Korrektur rechtmäßig habe erfolgen können, wäre die Jahresfrist regelmäßig außer Kraft gesetzt und [Â 48 Abs 4 Satz 1](#) iVm [Â 45 Abs 4 Satz 2 SGB X](#) ausgehört.

Â

8

Der Kläger beantragt,
das Urteil des Landessozialgerichts Niedersachsen-Bremen vom 26. Mai 2020 aufzuheben und die Berufung des Beklagten gegen das Urteil des Sozialgerichts Hannover vom 13. Februar 2018 zurückzuweisen.

Â

9

Der Beklagte beantragt,
die Revision des Klägers zurückzuweisen.

Â

10

Der Beklagte verteidigt die Entscheidung des LSG.

Â

II

Â

11

Die zulässige Revision des Klägers ist unbegründet und daher

zurückzuweisen ([Â§ 170 Abs 1 Satz 1 SGG](#)). Das LSG hat die Klage zu Recht unter Aufhebung der erstinstanzlichen Entscheidung abgewiesen.

Â

12

1.Â Gegenstand des Revisionsverfahrens ist neben den vorinstanzlichen Entscheidungen der Aufhebungs- und Erstattungsbescheid vom 14.3.2013 in der Fassung des gemäss [Â§ 86 Halbsatz 1 SGG](#) Gegenstand des Vorverfahrens gewordenen Bescheides vom 18.7.2014 und in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 6.5.2015 ([Â§ 95 SGG](#)).

Â

13

2.Â Die streitgegenständlichen Bescheide sind rechtmässig.

Â

14

a)Â Rechtsgrundlage für die gesamte streitgegenständliche Rücknahmeentscheidung ist [Â§ 40 Abs 2 Nr 3 SGB II](#) iVm [Â§ 330 Abs 2 SGB III](#) iVm [Â§ 45 SGB X](#).

Â

15

Die Abgrenzung des Anwendungsbereiches von [Â§ 45 SGB X](#) einerseits und [Â§ 48 SGB X](#) andererseits erfolgt danach, ob der Bescheid schon anfanglich, nämlich im Zeitpunkt des Eintritts seiner Wirksamkeit gemäss [Â§ 39 Abs 1 Satz 1 SGB X](#) durch Bekanntgabe gegenüber dem Adressaten (*BSG vom 16.12.2008* [BÄ 4 AS 48/07 R](#) *juris RdNr 15 mwN*) rechtswidrig war. Es kommt insofern auf die objektive Sachlage bei Bekanntgabe des Bescheides an. Dies gilt auch, wenn später Erkenntnisse zu Tage treten, die erstmals die Rechtswidrigkeit des erlassenen Bescheides erkennen lassen (*BSG vom 2.4.2009* [BÄ 2 U 25/07 R](#) *SozR 4-1300 Â§ 45 Nr 8 RdNr 20 f*). Fließt Einkommen vor Bekanntgabe des die Leistung bewilligenden Bescheides zu, kann es nur unter den Voraussetzungen des [Â§ 45 SGB X](#) zu einer Rücknahme des Bewilligungsbescheides kommen (*BSG vom 16.12.2008* [BÄ 4 AS 48/07 R](#) *juris RdNr 16; Pad© in Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGB X, 2. Aufl 2017, Â§ 45 RdNr 57*). [Â§ 45 SGB X](#) ist auch dann anzuwenden, wenn die Behörde in Fällen schwankenden Einkommens eine endgültige Bewilligungsentscheidung vorgenommen hat (*zuletzt BSG vom 24.6.2020* [BÄ 4 AS 10/20 R](#) *SozR 4-1300 Â§ 45 Nr 23 RdNr 22 mwN*).

Im vorliegenden Fall ist [Â§ 45 SGB X](#) einschlägig. Bei Bekanntgabe der fÃ¼r Oktober 2012 bis MÃ¤rz 2013 maÃgeblichen Bescheide vom 13.9.2012 und vom 24.11.2012 war das Einkommen entweder bereits zugeflossen oder dessen HÃ¶he stand noch nicht fest, so dass eine endgÃ¼ltige Bewilligung nicht hÃ¤tte ergehen dÃ¼rfen. Da es auf die objektive Sachlage ankommt, ist insofern unerheblich, dass der Beklagte zum Zeitpunkt der Bekanntgabe dieser Bescheide weder von dem bereits erfolgten noch von dem bevorstehenden Einkommenszufluss wusste. [Â§ 45 SGB X](#) ist entgegen der Auffassung des LSG auch fÃ¼r die RÃ¼cknahme der Leistungsbewilligung fÃ¼r September 2012 anzuwenden. Leistungen fÃ¼r diesen Monat waren durch Bescheid vom 16.2.2012 und Ãnderungsbescheid vom 13.9.2012 bewilligt worden. Der Ãnderungsbescheid vom 13.9.2012 enthielt in Bezug auf September 2012 nicht lediglich eine wiederholende VerfÃ¼gung, sondern eine neue Regelung, da hierdurch die Leistungen in gegenÃ¼ber dem Bescheid vom 16.2.2012 geÃ¤nderter HÃ¶he bewilligt wurden. FÃ¼r die Anfechtbarkeit der Rechtswidrigkeit eines Verwaltungsaktes, die den Anwendungsbereich des [Â§ 45 SGB X](#) erÃ¶ffnet, kommt es, wenn ein frÃ¼herer Verwaltungsakt geÃ¤ndert worden ist, auf die Sachlage im Zeitpunkt des letzten Ãnderungsverwaltungsaktes an (*PadÃ© in Schlegel/Voelzke, jurisPK SGB X, 2. Aufl 2017, Â§ 45 RdNr 58; SchÃ¼tze in ders, SGB X, 9. Aufl 2020, Â§ 48 RdNr 5*), hier also auf die Sachlage zum Zeitpunkt der Bekanntgabe des Ãnderungsbescheides vom 13.9.2012.

b) Soweit ein Verwaltungsakt, der ein Recht oder einen rechtlich erheblichen Vorteil begrÃ¼ndet oder bestÃ¤tigt hat (begÃ¼nstigender Verwaltungsakt), rechtswidrig ist, darf er gemÃ¤Ã [Â§ 45 Abs 1 SGB X](#) auch nachdem er unanfechtbar geworden ist, nur unter den EinschrÃ¤nkungen der Abs 2 bis 4 ganz oder teilweise mit Wirkung fÃ¼r die Zukunft oder fÃ¼r die Vergangenheit zurÃ¼ckgenommen werden. Ein rechtswidriger begÃ¼nstigender Verwaltungsakt darf gemÃ¤Ã [Â§ 45 Abs 2 Satz 1 SGB X](#) nicht zurÃ¼ckgenommen werden, soweit der BegÃ¼nstigte auf den Bestand des Verwaltungsaktes vertraut hat und sein Vertrauen unter AbwÃ¤gung mit dem Ã¶ffentlichen Interesse an einer RÃ¼cknahme schutzwÃ¼rdig ist. Im Anwendungsbereich des SGB II sind gemÃ¤Ã [Â§ 40 Abs 2 Nr 3 SGB II](#) (in der seit dem 1.4.2011 geltenden Fassung) die Vorschriften des Dritten Buches Ã¼ber die Aufhebung von Verwaltungsakten ([Â§ 330 Abs 2, Abs 3 Satz 1 und 4 SGB III](#)) entsprechend anwendbar. Einschlägig ist hier [Â§ 330 Abs 2 SGB III](#). Danach ist, wenn die in [Â§ 45 Abs 2 Satz 3 SGB X](#) genannten Voraussetzungen fÃ¼r die RÃ¼cknahme eines rechtswidrigen begÃ¼nstigenden Verwaltungsaktes vorliegen, dieser auch mit Wirkung fÃ¼r die Vergangenheit zurÃ¼ckzunehmen.

Â

18

Diese Voraussetzungen für die teilweise Rücknahme der Verwaltungsakte vom 13.9.2012 und 24.11.2012 liegen hier vor.

Â

19

aa) Der formellen Rechtmäßigkeit der streitgegenständlichen Bescheide steht nicht entgegen, dass der Kläger vor Erlass des Aufhebungs- und Erstattungsbescheides vom 14.3.2014 entgegen [Â§ 24 Abs 1 SGB X](#) nicht angehört worden ist. Diese Anhefung ist im Laufe des Widerspruchsverfahrens nachgeholt worden. Ein Anhefungsmangel wird bereits im Vorverfahren geheilt, wenn ein Beteiligter dort die Möglichkeit hat, sich zu allen aus Sicht der Behörde entscheidungserheblichen Tatsachen zu äußern (*BSG vom 4.4.2017 â B 11 AL 19/16 R* â *SozR 4-4300 Â§ 144 Nr 25 RdNr 22* â *auch zum Folgenden*). Damit ein Beteiligter sich im Vorverfahren sachgerecht äußern kann, muss der angefochtene Bescheid alle für die Entscheidung wesentlichen Gesichtspunkte erkennen lassen. Dies ist hier der Fall, weil der Beklagte im Bescheid vom 14.3.2013 auf den Umstand der Einkommenserzielung, die zumindest grob fahrlässige Verletzung der Mitteilungspflicht und die mit der Einkommenserzielung verbundene Anspruchsminderung hingewiesen hat.

Â

20

Unschädlich ist, dass der Beklagte den Kläger nicht zu den Voraussetzungen des einschlägigen [Â§ 45 SGB X](#) angehört hat, sondern nur zu den Voraussetzungen des [Â§ 48 Abs 1 Satz 2 Nr 2](#) und 3 SGB X. Nach der Rechtsprechung des Senats kommt es für die Ordnungsgemäßheit der Anhefung nur darauf an, dass die Behörde zu den nach ihrer materiellrechtlichen Rechtsauffassung erheblichen Umständen anhört (*BSG vom 26.7.2016 â B 4 AS 47/15 R* â *BSGE 122, 25* = *SozR 4-1500 Â§ 114 Nr 2, RdNr 15*), auch wenn diese falsch sein sollte (*BSG vom 12.10.2016 â B 4 AS 60/15 R* â *SozR 4-4200 Â§ 7 Nr 51 RdNr 16*).

Â

21

bb) Der Umstand, dass der Beklagte seine Rücknahmeverfahren fehlerhaft auf [Â§ 48 SGB X](#) gestützt hat, führt nicht zur Rechtswidrigkeit der streitgegenständlichen Bescheide. Stützt die Behörde ihre Entscheidung auf eine falsche Rechtsgrundlage, sind aber für den Erlass des Verwaltungsaktes die

Voraussetzungen der zutreffenden Rechtsgrundlage erfüllt, handelt es sich bei gebundenen Verwaltungsakten lediglich um eine unzutreffende Begründung des Verwaltungsaktes (BSG vom 29.6.2000 [BÄ 11 AL 85/99 R](#) [BSGE 87, 8, 12](#) = [SozR 34 4100 Â§ 152 Nr 9 S 30 f juris RdNr 23 mwN](#); BSG vom 24.6.2020 [BÄ 4 AS 10/20 R](#) [SozR 4 1300 Â§ 45 Nr 23 RdNr 25](#)). Weil die [Â§ 45, 48 SGB X](#) auf dasselbe Ziel, nämlich die Aufhebung eines Verwaltungsaktes, gerichtet sind, ist das Auswechseln dieser Rechtsgrundlagen durch das Gericht grundsätzlich zulässig (BSG vom 21.6.2011 [BÄ 4 AS 21/10 R](#) [BSGE 108, 258](#) = [SozR 4 4200 Â§ 11 Nr 39, RdNr 34 mwN](#); BSG vom 29.11.2012 [BÄ 14 AS 6/12 R](#) [BSGE 112, 221](#) = [SozR 4 1300 Â§ 45 Nr 12, RdNr 23](#); BSG vom 24.6.2020 [BÄ 4 AS 10/20 R](#) [SozR 4 1300 Â§ 45 Nr 23 RdNr 25](#)).

Â

22

cc) Die angefochtenen Rücknahmeverfügungen im Bescheid vom 14.3.2013 in der Fassung des Bescheides vom 18.7.2014 genügen den Anforderungen an die Bestimmtheit von Verwaltungsakten.

Â

23

Nach [Â§ 33 Abs 1 SGB X](#) muss ein Verwaltungsakt inhaltlich hinreichend bestimmt sein. Dieses Erfordernis bezieht sich sowohl auf den Verfügungssatz der Entscheidung als auch auf den Adressaten eines Verwaltungsaktes (BSG vom 16.5.2012 [BÄ 4 AS 154/11 R](#) [SozR 4 1300 Â§ 33 Nr 1 RdNr 16](#); BSG vom 29.11.2012 [BÄ 14 AS 6/12 R](#) [BSGE 112, 221](#) = [SozR 4 1300 Â§ 45 Nr 12, RdNr 25](#); BSG vom 24.6.2020 [BÄ 4 AS 10/20 R](#) [SozR 4 1300 Â§ 45 Nr 23 RdNr 22 auch zum Folgenden](#)). Erfolgt eine teilweise Leistungsaufhebung, muss sich der Aufhebungsverfügung entnehmen lassen, für welche Monate die Leistungsbewilligung in welcher Höhe aufgehoben werden soll (BSG vom 14.5.2020 [BÄ 14 AS 10/19 R](#) [juris RdNr 18](#) [zur Veröffentlichung in SozR vorgesehen](#)).

Â

24

Nach diesen Maßstäben bestehen keine Bedenken gegen die Bestimmtheit des Aufhebungs- und Erstattungsbescheides vom 14.3.2013 in der Fassung des Änderungsbescheides vom 18.7.2014 und in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 6.5.2015. Im Änderungsbescheid vom 18.7.2014 sind die Erstattungsbeiträge nach Monaten differenziert aufgeführt; aus diesen Beiträgen ergibt sich zugleich die Höhe der jeweiligen Aufhebungsentscheidungen. Dass dies im Bescheid vom 14.3.2013 noch nicht der

Fall war, ist unschädlich, weil Bestimmtheitsmängel auch im Rechtsbehelfsverfahren noch beseitigt werden können (vgl. für das Klageverfahren BSG vom 31.1.1989 [2 RU 16/88](#) [SozR 1300 Â§ 48 Nr 54](#) = *juris RdNr 18*; vgl. für das Widerspruchsverfahren BSG vom 29.1.1997 [6 RKa 24/96](#) [BSGE 80, 48, 49](#) = *SozR 3 2500 Â§ 85 Nr 19 S 119* *juris RdNr 14*; BSG vom 18.2.2010 [B 14 AS 76/08 R](#) [SozR 4 4200 Â§ 11 Nr 27 RdNr 13](#); vgl. auch BVerwG vom 14.12.1990 [7 C 5.90](#) [BVerwGE 87, 241, 244](#) f = *Buchholz 406.27 Â§ 77 BBergG Nr 1* *juris RdNr 26* f; BVerwG vom 21.6.2006 [4 B 32.06](#) *juris RdNr 1*). Dem steht nicht entgegen, dass Bestimmtheitsmängel im Katalog des [Â§ 41 Abs 1 SGB X](#) nicht aufgeführt sind, denn diese Norm regelt nur die Heilung von Verfahrens- und Formfehlern; bei den Anforderungen an die Bestimmtheit ([Â§ 33 Abs 1 SGB X](#)) handelt es sich aber um eine materiellrechtliche Vorgabe (BSG vom 10.9.2013 [B 4 AS 89/12 R](#) [BSGE 114, 188](#) = *SozR 4 4200 Â§ 11 Nr 62, RdNr 15*).

Â

25

dd) Die Voraussetzungen für die zwingende Rücknahme der Leistungsbewilligungen mit Wirkung für die Vergangenheit sind auch insoweit gegeben, als die Bewilligungen auf zumindest grob fahrlässigen Angaben des Klägers iS des [Â§ 45 Abs 2 Satz 3 Nr 2 SGB X](#) beruhen. Der Vater des Klägers hatte nach den Feststellungen des LSG zumindest grob fahrlässig bei der Antragstellung am 14.8.2012 (und damit vor Bekanntgabe der hier maßgeblichen Bewilligungsbescheide) nicht angegeben, dass der Kläger seit 1.8.2012 eine Ausbildung absolviert und daraus Einkünfte erzielt. Anhaltspunkte dafür, dass das LSG dabei den revisionsrechtlich nur eingeschränkt überprüfbaren Spielraum bei der Feststellung der groben Fahrlässigkeit überschritten hat (vgl. BSG vom 4.4.2017 [B 11 AL 19/16 R](#) [SozR 4 4300 Â§ 144 Nr 25 RdNr 41 mwN](#)), sind nicht ersichtlich. Dies wird vom Kläger auch nicht in Frage gestellt.

Â

26

Diese fehlenden Angaben des Vaters muss sich der Kläger zurechnen lassen. Unabhängig davon, ob sich eine solche Zurechnung bereits aus [Â§ 38 SGB II](#) ergibt (verneinend BSG vom 7.7.2011 [B 14 AS 144/10 R](#) *juris RdNr 16*), hat der Vater des Klägers nach den Feststellungen des LSG als Vertreter des Klägers *zumindest im Rahmen einer sog Duldungsvollmacht* gehandelt ([Â§ 13 Abs 1 SGB X](#)). Wer es duldet, dass ein anderer für ihn wie ein Vertreter auftritt, muss sich nach den Grundsätzen der Duldungs- oder Anscheinsvollmacht dessen Verhalten zurechnen lassen, selbst wenn er keinen Bevollmächtigungswillen gehabt hätte (BSG vom 21.2.2002 [B 3 KR 4/01 R](#) [SozR 3 2500 Â§ 60 Nr 6 S 37](#) = *juris RdNr 18*;

vgl auch BSG vom 15.11.2016 [BÄ 2Ä U 19/15Ä RÄ](#) [SozR 4Ä 2700 Ä 131 NrÄ 2 RdNrÄ 15](#); BSG vom 8.8.2019 [BÄ 3Ä KR 18/18Ä RÄ](#) [juris RdNrÄ 31](#)). Das Handeln des Vertreters ist dem Vertretenen dann nach [Ä 164 AbsÄ 1](#), [Ä 166 AbsÄ 1](#), [Ä 278 BGB](#) zuzurechnen (vgl Aibel in Schlegel/Voelzke, jurisPK [SGBÄ II](#), 5.Ä Aufl 2020, [Ä 38 RdNrÄ 36](#); A. Loose in Hohm, Gemeinschaftskomm zum [SGBÄ II](#), [Ä 38 RdNrÄ 31](#), Stand Dezember 2012; SchÄtze in ders, [SGBÄ X](#), 9.Ä Aufl 2020, [Ä 45 RdNrÄ 59](#); Udsching/Link, [SGBÄ 2007](#), 513, 517; zur Zurechnung des Handelns des gesetzlichen Vertreters BSG vom 24.6.2020 [BÄ 4Ä AS 10/20Ä RÄ](#) [SozR 4Ä 1300 Ä 45 NrÄ 23 RdNrÄ 32](#)). Es besteht keine Veranlassung, denjenigen, der fÄ¼r sich durch einen Dritten handeln lÄsst, besser zu stellen als denjenigen, der selbst handelt.

Ä

27

ee)Ä Die Jahresfrist des [Ä 45 AbsÄ 4 SatzÄ 2 SGBÄ X](#) ist gewahrt. Danach muss die BehÄrde den Verwaltungsakt in den FÄllen von AbsÄ 2 SatzÄ 3 und AbsÄ 3 SatzÄ 2 innerhalb eines Jahres seit Kenntnis der Tatsachen, welche die RÄcknahme eines rechtswidrigen begÄnstigenden Verwaltungsaktes fÄ¼r die Vergangenheit rechtfertigen, zurÄcknehmen. Nach den Feststellungen des LSG hat der Beklagte am 12.3.2013 Kenntnis vom Zufluss der zwischen September 2012 und MÄrz 2013 ausgezahlten AusbildungsvergÄtungen erlangt. Die Jahresfrist begann zu dem Zeitpunkt des Erlasses des Aufhebungs- und Erstattungsbescheides vom 14.3.2013, weil der Beklagte zu diesem Zeitpunkt der Ansicht war, dass die ihm vorliegenden Tatsachen fÄ¼r eine RÄcknahme bzw Aufhebung der Bewilligung genÄgten (vgl BSG vom 6.4.2006 [BÄ 7aÄ AL 64/05Ä RÄ](#) [juris RdNrÄ 13](#); BSG vom 26.7.2016 [BÄ 4Ä AS 47/15Ä RÄ](#) [BSGE 122, 25](#) =Ä [SozR 4Ä 1500 Ä 114 NrÄ 2, RdNrÄ 31](#)). Die Jahresfrist endete damit am 14.3.2014 ([Ä 26 SGBÄ X](#) iVm [Ä 187 AbsÄ 1](#), [Ä 188 AbsÄ 2 VarÄ 1 BGB](#)).

Ä

28

(1)Ä Dass der Bescheid vom 14.3.2013 hinsichtlich der Bestimmtheit seine rechtmÄÄige Gestalt erst durch den Bescheid vom 18.7.2014 erhalten hat und das Widerspruchsverfahren erst mit Bescheid vom 6.5.2015 abgeschlossen worden ist, ist fÄ¼r die Wahrung der Jahresfrist des [Ä 45 AbsÄ 4 SGBÄ X](#) unerheblich. FÄ¼r die Wahrung der Jahresfrist kommt es, wie der Senat bereits ausgesprochen hat, allein auf den erstmaligen RÄcknahmebescheid an (BSG vom 24.6.2020 [BÄ 4Ä AS 10/20Ä RÄ](#) [SozR 4Ä 1300 Ä 45 NrÄ 23 RdNrÄ 33](#)). Die Wahrung der Jahresfrist ist Voraussetzung fÄ¼r die RechtmÄÄigkeit des RÄcknahmebescheides, die RechtmÄÄigkeit des RÄcknahmebescheides ist aber nicht Voraussetzung fÄ¼r die Wahrung der Jahresfrist. HierfÄ¼r spricht auch die BegrÄndung des Gesetzentwurfes der Bundesregierung vom 4.8.1978 (BT-Drucks 8/2034 SÄ 34Ä f zu [Ä 43 Entwurfsfassung](#)), wo allein darauf abgestellt wird, ob die BehÄrde innerhalb der Jahresfrist Ärtig geworden

istâ□□.

Â

29

Auf dieser PrÃ¼misse beruht auch das Urteil des BSG vom 25.10.2017 ([BÂ 14Â AS 9/17Â R](#) â□□Â *SozR 4â□□1300 Â§Â 45 NrÂ 19 RdNrÂ 30*): Dort hat das BSG fÃ¼r die Bestimmtheit eines RÃ¼cknahmebescheides unter anderem darauf abgestellt, dass dieser spÃ¼testens durch den (Ã¼ber ein Jahr nach Erlass des RÃ¼cknahmebescheides ergangenen) Widerspruchsbescheid konkretisiert worden sei, ohne insoweit die Wahrung der Jahresfrist des [Â§Â 45 AbsÂ 4 SGBÂ X](#) zu problematisieren. Es kann auch keinen Unterschied machen, ob eine Korrektur des mit dem Widerspruch angefochtenen ersten RÃ¼cknahmebescheides durch einen gesonderten Bescheid wÃ¤hrend des Vorverfahrens erfolgt oder im Widerspruchsbescheid selbst.

Â

30

Dieses Ergebnis ergibt sich aus dem Zweck des [Â§Â 45 AbsÂ 4 SGBÂ X](#). Die Regelung betrifft die zeitliche Dimension des (subjektiven) Vertrauensschutzes (*vgl BSG vom 11.8.2015 â□□Â BÂ 9Â SB 2/15Â R* â□□ *SozR 4â□□1300 Â§Â 48 NrÂ 31; BSG vom 15.5.2019 â□□Â BÂ 6Â KA 65/17Â R* â□□ *SozR 4â□□2500 Â§Â 106a NrÂ 24 RdNrÂ 24 mwN*) und dient zugleich der (objektiven) Rechtssicherheit (*vgl BSG vom 25.1.1994 â□□Â 7Â RAr 14/93* â□□ *BSGE 74, 20, 26 =Â SozR 3â□□1300 Â§Â 48 NrÂ 32 SÂ 62 â□□Â juris RdNrÂ 28*). Auch Personen, die eigentlich keinen Vertrauensschutz genieÃ¼en, weil sie schuldhaft iS des [Â§Â 45 AbsÂ 2 SatzÂ 3 SGBÂ X](#) gehandelt haben, erwerben den Vertrauensschutz ein Jahr nach Kenntnis der zustÃ¼ndigen BehÃ¶rde und mÃ¼ssen dann nicht mehr mit einer RÃ¼cknahme der BegÃ¼nstigung rechnen (*PadÃ© in Schlegel/Voelzke, jurisPKâ□□SGBÂ X, 2.Â Aufl 2017, Â§Â 45 RdNrÂ 110*). Diesem Vertrauen ist aber bereits im Zeitpunkt der ersten RÃ¼cknahmeentscheidung im Umfang der RÃ¼cknahme die Grundlage entzogen (*Ã¤hnlich BSG vom 23.10.1985 â□□Â 9aÂ RV 1/84* â□□ *SozR 1300 ArtÂ 2 Â§Â 40 NrÂ 8 =Â juris RdNrÂ 12; BSG vom 26.8.1987 â□□Â 11aÂ RA 30/86* â□□ *BSGE 62, 103, 108 =Â SozR 1300 Â§Â 48 NrÂ 39 SÂ 116* f â□□Â *juris RdNrÂ 23*). FÃ¼r diese ErschÃ¼tterung des Vertrauens ist eine auf die monatlichen BetrÃ¤ge bezogene Bestimmtheit des Aufhebungs- und Erstattungsbescheides nicht erforderlich. Aus Sicht des Bescheidadressaten und damit fÃ¼r seinen Vertrauenstatbestand kommt es insofern allein auf den Gesamtaufhebungs- und Erstattungsbetrag an. Soweit die BehÃ¶rde ihre erste RÃ¼cknahmeentscheidung â□□Â wie hierÂ â□□ innerhalb dieser betragsmÃ¤Ã¼igen Grenze korrigiert, kann sich der Bescheidadressat nicht mehr darauf berufen, er habe noch Vertrauen in den Bestand der ursprÃ¼nglichen Entscheidung gehabt. Der GroÃ¼e Senat des BSG hat bereits ausgefÃ¼hrt, dass ein BÃ¼rger kein berechtigtes und schÃ¼tzenswertes Vertrauen darauf habe, dass eine im Zeitpunkt der Klageerhebung begrÃ¼ndete Klage nicht durch den Erlass eines in den materiellen Folgen inhaltsgleichen

Verwaltungsaktes nachträglich unbegründet werde (BSG vom 6.10.1994 [âĀĀ GS 1/91](#) [âĀĀ BSGE 75, 159, 167](#) = [SozR 3âĀĀ1300](#) [ÂĀ 41 Nr 7 S 15](#) f [âĀĀ juris RdNr 19](#)). Diese Erwägung ist auf die vorliegende Konstellation übertragbar. Dagegen kann auch nicht argumentiert werden, dass nach Ablauf der Jahresfrist des [ÂĀ 45 Abs 4 SGB X](#) in jedem Fall Rechtssicherheit herrschen müsse, so dass spätere Bescheide außer Betracht zu bleiben hätten. Denn [âĀĀ](#) mit Blick auf [ÂĀ 44 SGB X](#) ohnehin nur relative [âĀĀ](#) Rechtssicherheit tritt nach Einlegung eines Rechtsbehelfs nicht durch bloßen Zeitablauf ein, sondern erst mit Bestandskraft des jeweils angefochtenen Bescheides.

Â

31

Eine andere Sichtweise würde im Übrigen zu einem Konflikt mit [ÂĀ 41 Abs 1](#) und 2 SGB X führen, wonach bestimmte Verfahrens- oder Formfehler bis zur letzten Tatsacheninstanz eines sozial- oder verwaltungsgerichtlichen Verfahrens nachgeholt werden können. Würde die Wahrung der Jahresfrist des [ÂĀ 45 Abs 4 SGB X](#) einen in jeder Hinsicht rechtmäßigen Verwaltungsakt voraussetzen, würde [ÂĀ 41 Abs 1](#) und 2 SGB X insofern regelmäßig leerlaufen.

Â

32

Der Einwand des Klägers, er stünde besser, wenn er den Aufhebungs- und Erstattungsbescheid vom 14.3.2013 bestandskräftig werden lassen und nach Ablauf der Jahresfrist einen Zugunstenantrag nach [ÂĀ 44 Abs 1 Satz 1 SGB X](#) gestellt hätte, greift nicht durch. Nach [ÂĀ 44 Abs 1 Satz 1 SGB X](#) ist ein Verwaltungsakt, auch nachdem er unanfechtbar geworden ist, mit Wirkung für die Vergangenheit zurückzunehmen, soweit sich im Einzelfall ergibt, dass bei Erlass des Verwaltungsaktes das Recht unrichtig angewandt oder von einem Sachverhalt ausgegangen worden ist, der sich als unrichtig erweist, und soweit deshalb Sozialleistungen zu Unrecht nicht erbracht oder Beiträge zu Unrecht erhoben worden sind. Zwar ist nach der Rechtsprechung des BSG [ÂĀ 44 Abs 1 Satz 1 SGB X](#) auch auf Rücknahme- und Erstattungsbescheide entsprechend anwendbar (BSG vom 13.2.2014 [âĀĀ B 4 4 AS 19/13 R](#) [âĀĀ BSGE 115, 121](#) = [SozR 4âĀĀ1300](#) [ÂĀ 44 Nr 29, RdNr 14 mwN](#)). Der Rücknahmeanspruch nach [ÂĀ 44 Abs 1 Satz 1 SGB X](#) setzt aber voraus, dass die vorenthaltenen Sozialleistungen materiell zu Unrecht nicht erbracht worden sind (dazu näher BSG vom 22.3.1989 [âĀĀ 7 4 RAr 122/87](#) [âĀĀ SozR 1300](#) [ÂĀ 44 Nr 38](#) = [juris RdNr 23 f](#); BSG vom 3.5.2018 [âĀĀ B 11 AL 3/17 R](#) [âĀĀ SozR 4âĀĀ1300](#) [ÂĀ 44 Nr 37 RdNr 19 mwN](#)). Im Zugunstenverfahren muss einem Betroffenen (nur) diejenige Leistung gewährt werden, die ihm nach materiellem Recht bei von Anfang an zutreffender Rechtsanwendung zugestanden hätte (BSG vom 4.2.1998 [âĀĀ B 9 V 16/96 R](#) [âĀĀ SozR 3âĀĀ1300](#) [ÂĀ 44 Nr 24](#) = [juris RdNr 16](#); [Ähnlich BSG vom 22.3.1989](#) [âĀĀ 7 4 RAr 122/87](#) [âĀĀ SozR 1300](#) [ÂĀ 44 Nr 38](#)

=*juris RdNr* 24; BSG vom 3.5.2018 [BÄ 11Ä AL 3/17 RÄ](#) *SozR 4* [1300 Ä](#) [44 NrÄ 37 RdNrÄ 19](#)). Die Konsequenz hieraus ist, dass auf die leistungsrechtlichen Normen abzustellen ist. Ob $\frac{1}{4}$ berdies auch die Vertrauensschutzvorschriften der [Ä](#) [45 ff SGB X](#) erfasst sind, kann hier dahinstehen (zum Streitstand etwa BSG vom 24.4.2014 [BÄ 13Ä R 3/13Ä R Ä](#) *SozR 4* [1300 Ä](#) [44 NrÄ 30 RdNrÄ 30Ä f mwN](#), wo diese Frage ebenfalls offengelassen wird). Jedenfalls die Vorgabe $\frac{1}{4}$ ber die Bestimmtheit von Verwaltungsakten ist trotz ihrer Zugehörigkeit zum sonstigen *Ä* nicht leistungsrechtlichen *Ä* materiellen Recht davon nicht erfasst. [Ä](#) [33 AbsÄ 1 SGBÄ X](#), der anordnet, dass ein Verwaltungsakt inhaltlich hinreichend bestimmt sein muss, bezweckt, dass Behörde und Adressat ihre daraus erwachsenden Rechte und Pflichten eindeutig erkennen und ggf aus dem Bescheid vollstrecken können (vgl BSG vom 7.7.2011 [BÄ 14Ä AS 153/10Ä RÄ](#) *BSGE 108, 289* = *SozR 4* [4200 Ä](#) [38 NrÄ 2, RdNrÄ 36](#); BSG vom 10.9.2013 [BÄ 4Ä AS 89/12Ä R Ä](#) *BSGE 114, 188* = *SozR 4* [4200 Ä](#) [11 NrÄ 62, RdNrÄ 15](#); Littmann in Hauck/Noftz, SGBÄ X, [Ä](#) [33 RdNrÄ 1, Stand Dezember 2016](#)). Es handelt sich um eine materielle Norm, die aufgrund ihrer beschriebenen dienenden Funktion eine besondere Nähe zum Verfahrensrecht aufweist, aber keine Aussage $\frac{1}{4}$ ber die von [Ä](#) [44 SGB X](#) intendierte *Ä* materielle Gerechtigkeit *Ä* (BSG vom 4.2.1998 [BÄ 9Ä V 16/96Ä RÄ](#) *SozR 3* [1300 Ä](#) [44 NrÄ 24](#) = *juris RdNrÄ 16 mwN*; BSG vom 13.2.2014 [BÄ 4Ä AS 22/13Ä RÄ](#) *BSGE 115, 126* = *SozR 4* [1300 Ä](#) [44 NrÄ 28, RdNrÄ 19 mwN](#); BSG vom 30.1.2020 [BÄ 2Ä U 2/18Ä RÄ](#) *SozR 4* [2700 Ä](#) [8 NrÄ 70 RdNrÄ 18](#) *Ä* zur Veröffentlichung auch in BSGE vorgesehen) enthält.

Ä

33

Der Kläger hätte auch keinen Rücknahmeanspruch aus [Ä](#) [44 AbsÄ 2 SatzÄ 1 SGBÄ X](#) gehabt, wenn er den Aufhebungs- und Erstattungsbescheid vom 14.3.2013 hätte bestandskräftig werden lassen. Da dieser Aufhebungs- und Erstattungsbescheid die Erbringung von Sozialleistungen regelt, ist allein der Anwendungsbereich des [Ä](#) [44 AbsÄ 1 SGBÄ X](#) eröffnet und der Anwendungsbereich des [Ä](#) [44 AbsÄ 2 SGBÄ X](#) gesperrt (vgl BSG vom 10.12.1985 [10Ä RKg 14/85Ä](#) *SozR 5870 Ä [2 NrÄ 44 SÄ 149](#)* = *juris RdNr 25*; Merten in Hauck/Noftz, SGBÄ X, [Ä](#) [44 RdNrÄ 78, Stand April 2018](#); *f* $\frac{1}{4}$ r Ausschlussverhältnis auch BSG vom 28.5.1997 [14/10 RKg 25/95 Ä](#) *SozR 3* [1300 Ä](#) [44 NrÄ 21 SÄ 40](#) = *juris RdNrÄ 14*). Dies gilt auch, wenn der Rücknahmeanspruch im konkreten Fall daran scheitert, dass *Ä* wie hier *Ä* die Sozialleistungen nicht materiell zu Unrecht nicht erbracht worden sind (BSG vom 10.12.1985 [10Ä RKg 14/85Ä](#) *SozR 5870 Ä [2 NrÄ 44 SÄ 149](#)* = *juris RdNrÄ 25*). Würde die Nichterfüllung dieses Tatbestandsmerkmals die Anwendbarkeit des [Ä](#) [44 AbsÄ 2 SGBÄ X](#) eröffnen, liefen die einschränkenden Voraussetzungen des [Ä](#) [44 AbsÄ 1 SatzÄ 1 SGBÄ X](#) weitgehend leer (im Ergebnis ebenso BSG vom 24.4.2014 [BÄ 13Ä R 3/13Ä RÄ](#) *SozR 4* [1300 Ä](#) [44 NrÄ 30 RdNrÄ 21, wonach die Einschränkungen des \[Ä\]\(#\) \[44 AbsÄ 1 SatzÄ 1 HalbsatzÄ 2 SGBÄ X\]\(#\) auch bei \[Ä\]\(#\) \[44 AbsÄ 2 SatzÄ 1 SGBÄ X\]\(#\) anzuwenden sind\).](#)

(2) Der Bescheid vom 18.7.2014 ist nicht an [Ä 45 SGB X](#) zu messen und musste daher auch die Jahresfrist nicht (erneut) wahren. [Ä 45 SGB X](#) gilt nur für Verwaltungsakte, mit denen begünstigende Verwaltungsakte zu Lasten des Adressaten zurückgenommen werden. Wenn nach Erlass eines Rücknahmebescheides im weiteren Verlauf sei es im Vorverfahren, im gerichtlichen Verfahren oder in einem neuen Verwaltungsverfahren eine Verwaltungsentscheidung ergeht, die einen Rücknahmebescheid modifiziert, ist zu differenzieren: Wird die ursprüngliche Entscheidung in größerem Umfang als bisher zu Lasten des Bescheidadressaten zurückgenommen, ist hinsichtlich der zusätzlichen Rücknahme die Jahresfrist des [Ä Abs 4 SGB X](#) zu wahren, denn es liegt dann ein weiterer Eingriff in die Rechtssphäre des Betroffenen vor. Wird die Rücknahmeentscheidung hingegen wie hier zu Gunsten des Bescheidadressaten modifiziert, liegt keine an [Ä 45 SGB X](#) zu messende Rücknahme der ursprünglichen begünstigenden Entscheidung vor, sondern eine Teilaufhebung der ersten (belastenden) Rücknahmeentscheidung und damit ein begünstigender Verwaltungsakt. Diese Teilaufhebung ist aber nicht fristgebunden, wenn sie wie hier als Teilabhilfeentscheidung während eines auch aus Klagersicht gerade auf die Herbeiführung eines rechtmäßigen Bescheides gerichteten Rechtsbehelfsverfahrens ergeht, und nur an den Fristen des [Ä Abs 4 SGB X](#) (ggf bereichsspezifisch modifiziert) zu messen, wenn sie außerhalb eines Rechtsbehelfsverfahrens gegen den ursprünglichen Rücknahmebescheid ergeht.

(3) Soweit das BSG und im Anschluss daran das BVerwG entschieden haben, dass ein zweiter Aufhebungs- oder Rücknahmebescheid nur innerhalb der Frist des [Ä Abs 4 Satz 2 SGB X](#) ergehen darf, betraf dies nur Fälle, in denen der erste Aufhebungs- oder Rücknahmebescheid während des gerichtlichen Verfahrens aufgehoben und entweder durch einen erneut belastenden Verwaltungsakt ersetzt worden ist oder noch gar kein zweiter Rücknahmebescheid ergangen war (BSG vom 27.7.1989 [11/7 RAr 115/87](#) [BSGE 65, 221](#) = [SozR 1300 Ä 45 Nr 45](#); BSG vom 27.7.1989 [11 RAr 7/88](#) [SozR 4100 Ä 103 Nr 42](#); BSG vom 15.2.1990 [7 RAr 28/88](#) [BSGE 66, 204](#) = [SozR 31300 Ä 45 Nr 1](#); BSG vom 6.4.2006 [B 7a AL 64/05 R juris RdNr 10](#); BVerwG vom 19.12.1995 [5 C 10.94](#) [BVerwGE 100, 199, 203 f](#) = [Buchholz 435.12 Ä 45 SGB X Nr 12](#) [juris RdNr 15](#); anders noch BSG vom 26.8.1987 [11a RA 30/86](#) [BSGE 62, 103, 108](#) = [SozR 1300 Ä 48 Nr 39](#) [juris RdNr 23](#); BSG vom 4.2.1988 [11 RAr 26/87](#) [BSGE 63, 37, 43](#) = [SozR 1300 Ä 45 Nr 34](#) S 112, wonach es auch nach Ablauf der Jahresfrist ausreicht, wenn der neue Bescheid unverzüglich bzw alsbald nach Aufhebung des ersten Bescheides

erlassen wird; anders auch zu [Â§Â 48 AbsÂ 4 SatzÂ 1 VwVfG BVerwG vom 20.5.1988](#) [â¶Â 7Â B 79.88](#) [â¶Â Buchholz 316 Â§Â 48 VwVfG NrÂ 56](#) =Â juris RdNrÂ 3; BVerwG vom 28.6.2012 [â¶Â 2Â C 13.11](#) [â¶Â BVerwGE 143, 230, 238](#) =Â Buchholz 239.1 [Â§Â 52 BeamtVG NrÂ 2](#) [â¶Â juris RdNrÂ 30](#)) oder in denen der erste Bescheid gar nicht wirksam bekanntgegeben worden war (BSG vom 2.7.1997 [â¶Â 9Â RV 14/96](#) [â¶Â BSGE 80, 283](#) =Â SozR 3â¶1300 [Â§Â 50 NrÂ 19](#)). Ob in den erstgenannten Fällen davon auszugehen ist, dass das Vertrauen in den Bestand des Ausgangsverwaltungsaktes gleichsam [â¶Â](#) zumindest für eine logische Sekunde [â¶](#) wieder auflebt, kann dahinstehen, denn so verhält es sich hier nicht. Der Aufhebungs- und Erstattungsbescheid vom 14.3.2013 ist zu keinem Zeitpunkt aufgehoben worden, sondern durch den Bescheid vom 18.7.2014 nur modifiziert worden.

Â

36

c)Â Nach dem Gesamtzusammenhang der Feststellungen des LSG steht fest, dass die Rücknahmeentscheidung auch der Höhe nach rechtmäßig gewesen ist, weil die streitgegenständlichen Rücknahmeentscheidungen zu einer Leistungsbewilligung in Höhe der dem Kläger leistungsrechtlich zustehenden Beträge geführt haben.

Â

37

d)Â Die Erstattungsforderung findet ihre Grundlage in [Â§Â 40 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ II](#) iVm [Â§Â 50 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ X](#). Danach sind, soweit [â¶Â](#) wie hier [â¶](#) ein Verwaltungsakt aufgehoben worden ist, bereits erbrachte Leistungen zu erstatten.

Â

38

3.Â Die Kostenentscheidung beruht auf [Â§Â 193 AbsÂ 1 SatzÂ 1, AbsÂ 4 SGG](#).

Erstellt am: 27.01.2022

Zuletzt verändert am: 21.12.2024